

# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,  
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

## Entmündigt

„Scheitert der Euro, scheitert Europa? Vielleicht gilt eher: Schafft es der Euro, scheitert Europa. Die Rettung des Gemeinschaftsgeldes nicht zuletzt durch die Europäische Zentralbank (EZB) legt die Axt an Grundprinzipien, die auf dem Alten Kontinent über Jahrhunderte entwickelt wurden: Gewaltenteilung, demokratische Kontrolle, Rechenschaftspflicht der Exekutive gegenüber Parlamenten und Bevölkerung.“ Mit diesen Sätzen leitet die „Börsen-Zeitung“ eine eurokritische Bestandsaufnahme ein. Die Debatte über EFSF und ESM wirke fast lächerlich, weil die EZB mittlerweile viel höhere Beträge umschichte. Europas Parlamente seien von der EZB entmündigt worden: Wenn die Volksvertreter nicht genügend Finanzmittel zur Euro-Rettung bereitstellen, dann tue dies eben die EZB. Letztlich bleibe als Alternative nur noch die europäische Föderation mit einer gemeinsamen Regierung oder die Rückkehr zu Freihandel und Binnenmarkt, die sich allerdings nicht mit dem Konzept der Einheitswährung vertragen. Daher müsse die Rückabwicklung des Euro eine Option sein.

## Volksentscheid

Der britische Premierminister hat die Ankündigung, sein Land über den Verbleib in der Europäischen Union abstimmen zu lassen, mit der „wachsenden Frustration“ darüber begründet, dass die EU den Menschen angetan werde, anstatt in ihrem Interesse zu handeln. Gleichzeitig hat er die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gefordert. Der englische Romanautor Frederick Forsyth er-

klärt die wachsenden Aversionen in seinem Land so: „Die meisten von uns haben einfach genug von all den Lügen, von dem enormen Transfer unserer Selbstbestimmung nach Brüssel. Genug auch von der Abgehobenheit und Arroganz der Brüsseler Eurokraten, von unserer ständigen Kapitulation vor ihnen, von den Milliarden und Abermilliarden an vergeudetem Geld, vom langsamen Tod der Demokratie.“ Grundsätzlich muss die Frage erlaubt sein, warum ein urdemokratisches Institut wie die Volksabstimmung plötzlich von selbst ernannten Lordsiegelbewahrern demokratischer Grundrechte als populistisches Teufelswerk diffamiert wird. Man stelle sich vor, die Deutschen dürften in dieser Frage selbst entscheiden...

## Schlimmste Befürchtungen

Vor der „gefährlichen Dimension“ einer Bankenunion haben ifo-Chef Hans-Werner Sinn und der Finanzwissenschaftler Harald Hau in einem FAZ-Beitrag gewarnt. Die beiden Autoren beschreiben die Lage folgendermaßen: „Die Bankensysteme stehen am Rande der Pleite, und die Gläubiger der Banken können ihr Geld nicht zurückbekommen, wenn man nicht andere Leute findet, die anstelle der Banken zurückzahlen. Die Schulden der Banken aus den sechs am stärksten von der Krise betroffenen Staaten summieren sich auf insgesamt 9.400 Mrd. EUR. Diese Zahl ist fast dreimal so groß wie die Summe der jeweiligen Staatsschulden, die sich auf 3.500 Mrd. EUR beläuft.“ Die Umwälzung der Abschreibungsverluste auf die Steuerzahler werde zu einer

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Destabilisierung der bisher noch gesunden Euroländer führen. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Bankenunion übertreffe die schlimmsten Befürchtungen.

## Hauptsache solidarisch

Bayern und Hessen sind es leid, im Wege des Länderfinanzausgleichs den Zahlmeister für mehr oder weniger sparwillige Nehmerländer zu spielen. Im vergangenen Jahr sind knapp 8 Mrd. EUR mit dem hehren Ziel einer „Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse“ geflossen. Davon hat allein Berlin mit 3,32 Mrd. EUR über 40 % kassiert. Die Bayern mussten für jeden Berliner 468 EUR aufbringen. Als ungerecht empfinden es die Geberländer, wenn sie in anderen Bundesländern indirekt soziale Leistungen subventionieren sollen, die für ihre eigenen Bürger aus Haushaltsgründen nicht bereitstehen. Dazu gehört beispielsweise der unentgeltliche Besuch von Kindergärten. Deutschland ist offensichtlich dabei, auch auf europäischer Ebene in eine Art Länderfinanzausgleich hinein zu schliddern.

## Mehltau

In einem lesenswerten Beitrag befasst sich „Focus Money“ mit dem System der „Political Correctness“, das vom Mainstream abweichende Meinungen brandmarkt und letztlich zu Sprech- und Denkverboten führt. Der Phi-

losoph Peter Sloterdijk stellt fest: „Wir haben uns unter dem Deckmantel der Redefreiheit und der unbehinderten Meinungsäußerung in einem System der Unterwürfigkeit, der organisierten sprachlichen und gedanklichen Feigheit eingerichtet, das praktisch das ganze soziale Feld von oben bis unten paralyisiert.“ Tatsächlich wird öffentlich meist über Gerechtigkeit diskutiert, wenn Gleichheit gewollt und gemeint ist. Der mediale Zeitgeist setzt nicht auf das Individuum, sondern auf das Kollektiv und den Staat als Problemlöser. Kein Wunder, sympathisieren doch 35% der Journalisten mit den Grünen und 25% mit der SPD. Nur 7,6% fühlen sich der CDU verbunden. „Focus Money“ meint: „Wo es einst um die Utopie von einer Welt ohne Repressionen ging, herrscht heute eine Atmosphäre der Unterstellung und Verdächtigung, der Anpasserei und des Duckmäsertums, gegen die der angebliche Mief der 50er-Jahre wie Frischluft anmutet.“ Und der Medienwissenschaftler Norbert Bolz merkt an: „Der Jammer der deutschen Situation ist der, dass ausgerechnet die Linken zu den großen Tabumächten geworden sind. Also die, die früher Aufklärung betrieben haben, die früher gekämpft haben für freie Meinung – überhaupt für Freiheit: Das sind die großen Tabumächte unserer Zeit.“